

4. Juni 2019

GEW zum Programm „Digitale Schule Hessen“: Unterdimensioniert und viel zu vage!

Frankfurt (GEW): Die GEW Hessen hält das von der Landesregierung am 3. Juni vorgestellte Programm „Digitale Schule Hessen“ für nicht geeignet, um das versprochene Ziel einzulösen, die „Schülerinnen und Schüler fit für die digitale Welt“ zu machen. Zwar finden sich darin nach Einschätzung der Bildungsgewerkschaft einige geeignete Ansätze, zentrale Fragen bleiben aber ungeklärt. Auch die finanzielle Dimension des Programms hält sie für nicht ausreichend, um die Schulen entsprechend der pädagogischen Anforderungen auszustatten.

Birgit Koch, Vorsitzende der GEW Hessen, äußerte sich wie folgt: „Das Land Hessen will die Bundesmittel des Digitalpakts um 25 Prozent aufstocken. Diese zusätzlichen Mittel sollen aber zur Hälfte den Kommunen aufgebürdet werden, die sich mit 12,5 Prozent an den Kosten beteiligen müssen. Dies wird die vielen finanziell klammen Kommunen als Schulträger vor große Schwierigkeiten stellen.“ Die Vereinbarung zwischen Bund und Ländern schreibt eine Aufstockung der Bundesmittel um 10 Prozent zwingend vor. Der Ankündigung der Landesregierung zufolge sollen die auf Hessen entfallenden Bundesmittel in Höhe von insgesamt 372 Millionen Euro jeweils um 12,5 Prozent vom Land sowie den Kommunen aufgestockt werden. Der so zu erwartende Betrag von 465 Millionen Euro über die Laufzeit von fünf Jahren wird großzügig auf „knapp 500 Millionen Euro“ aufgerundet.

Viele wichtige Umsetzungsdetails bleiben in den Augen der Bildungsgewerkschaft noch ungeklärt. So wies Maike Wiedwald, ebenfalls Vorsitzende der GEW Hessen, auf die offene Frage des technischen Supports hin: „Vor einer Woche haben wir gemeinsam mit der Landesschulervertretung, dem Landeselternbeirat, dem Grundschulverband und dem Elternbund Hessen gemeinsame Anforderungen an die Umsetzung des Digitalpakts vorgelegt. Wir alle sind uns unter anderem darin einig, dass ein professioneller Support für den reibungslosen Einsatz der digitalen Medien im Unterricht unerlässlich ist. Wie in jedem privaten Unternehmen auch, werden dafür ausgebildete IT-Fachkräfte benötigt, deren Finanzierung auf Dauer sichergestellt werden muss. In der Pressemitteilung der Landesregierung findet sich leider kein einziges Wort dazu, wie dies geregelt werden soll.“

Auf weitere Problemlagen wies Birgit Koch hin: „Es ist ein Unding, auch hinsichtlich des zwingend zu beachtenden Datenschutzes, dass für Lehrkräfte in Hessen nach wie vor weder ein Dienstgerät noch eine dienstliche E-Mail-Adresse sichergestellt ist. Auch hierzu findet sich leider Nichts in der Ankündigung. Die erwähnte landesweite Lernplattform wurde uns bereits im Vorjahr angekündigt. Die Kolleginnen und Kollegen würden nun gerne wissen, wann diese kommt und wie genau sie genutzt werden kann.“